

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Wolfgang Thierse MdB
zum 1. Mai: Die
ökonomische Seite der
deutschen Einheit.

Seite 1

Karin Radermacher
MdB und Dr. Manfred
Schühmann MdB zur
Notwendigkeit, die Bil-
dungspolitik gegen-
über Wirtschaftsinter-
essen zu verteidigen:
Die Schulzeit nicht ver-
kürzen.

Seite 3

Dokumentation

Renate Schmidt MdB
hielt nach ihrer Wahl
zur Vorsitzenden der
Bayerischen
Sozialdemokraten eine
programmatische
Rede: Mehrheit in
Bayern muß erschüttert
werden.

Seite 4

46. Jahrgang / 82

30. April 1991

Die ökonomische Seite der deutschen Einheit Gedanken zum Tag der Arbeit

Von Wolfgang Thierse MdB
Stellvertretender SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

Der Entwicklungstrend in seiner vollen Dramatik ist klar: Der schon im SED-Staat 1977 begonnene Verfall der Wirtschaft setzt sich nach der staatlichen Vereinigung in beschleunigtem Tempo fort. Trotz staatlicher Einheit droht Deutschland auf längere Sicht die Aufteilung in einen reichen Westen und einen armen Osten. Wir stehen also vor einer neuen Spaltung. Die erwarteten ökonomischen Anschubeffekte sind bisher ausgeblieben. Von Ausnahmen abgesehen, gibt es kaum produktive Investitionen, die westdeutsche Industrie begnügt sich mit Blick auf den dazugewonnenen Markt im Osten mit genauer gesagt, Teile seiner Industrie, aber auch die dort Beschäftigten beziehungsweise die ehemaligen Arbeitslosen profitieren von der deutschen Einheit, ohne daß dies dem Osten - abgesehen von den erweiterten Konsummöglichkeiten - bisher ökonomisch viel genutzt hätte.

Dies ist lediglich eine nüchterne Bestandsaufnahme und nicht etwa eine verspätete Absage an die deutsche Einheit. Gegen das Argument, die bislang für die Menschen in Ostdeutschland negativen Resultate der Vereinigung würden nachträglich für eine Beibehaltung der Zwei-staatlichkeit sprechen, gibt es zwei wichtige Gründe:

1. Eine eigenständige DDR-Ökonomie hätte auch mittelfristig aufgrund ihres immensen Modernisierungsrückstands keine Entwicklungsperspektive gehabt. Dafür sind die Schwierigkeiten in Polen und in Ungarn ein sinnfälliger Beleg.
2. Die übergroße Mehrheit der DDR-Bevölkerung hat der Zwei-staatlichkeit eine Absage erteilt, sie wollte die Einheit. Die Wahlergebnisse des vergangenen Jahres sind hierfür der schlagende Beweis.

Für die Menschen in meinem Teil Deutschlands hatte diese Debatte noch einen ganz anderen Effekt. Denn diejenigen, die, wie die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften, primär die Fragen nach der Verteilung der Kosten stellten, gerieten auf zweierlei Weise in Mißkredit. Einmal fiel dadurch die - zugegeben - demagogische Argumentation auf fruchtbaren Boden, daß derjenige, der immer nur die Kostenfrage stellt, die Einheit eigentlich gar nicht will. Zum anderen drückt der Begriff der Kosten aus, daß es sich eigentlich um einen unerwünschten Effekt handelt. Hätte man stattdessen etwa von den für

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortlich: Wolfgang
Thierse MdB
Registrierungs-Nr. 1000000000



die Einheit bewußt und gewollt aufzubringenden Mitteln gesprochen, hätte der Eindruck mangelnder Solidaritätsbereitschaft vielleicht vermieden werden können - ganz abgesehen davon, daß die bisherigen Wirtschaftsdaten den Eindruck bloßer Kosten deutlich korrigieren.

*

Die DDR-Wirtschaft hat den Übergang, den der Westen in den 70er Jahren vollzogen hat, zu einem neuen, höher entwickelten Produktionsmodell nicht nur nicht mitgemacht, ihr Trend war - aufgrund besonderer Problemkonstellationen - sogar exakt gegenläufig. Jahrzehntelang unzureichende Zulieferbedingungen führten zum forcierten Ausbau des Kombinatwesens, das heißt zur Entstehung außerordentlich großer Einheiten und damit faktisch einer Zerlegung der Gesamtwirtschaft in einzelne, gegeneinander abgeschlossene Reproduktionskreisläufe mit der Folge eines Rückgangs der Arbeitstellung. Mit der Einbeziehung von Klein- und Handwerksbetrieben in die Kombinate wurden in den siebziger Jahren die letzten gesamtwirtschaftlichen Flexibilitätspotentiale zerschlagen. Aufgrund der Zulieferprobleme ging man - zunächst als Notlösung - dazu über, alles, was man nur schwer bekam, selbst herzustellen. Dieser Eigenbau von Maschinen und Anlagen avancierte unter dem Stichwort "Rationalisierungsmittelbau" in den achtziger Jahren zu einem Hauptträger des Modernisierungsprozesses der DDR-Wirtschaft, allerdings unter katastrophalen Bedingungen.

*

Die Wirtschaftspolitik nach der deutschen Vereinigung hat die ostdeutschen Bedingungen nicht berücksichtigt. Die schnelle Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion führte zu einem weitreichenden Zusammenbruch des Inlandsmarktes der DDR-Industrie, und der RGW-Markt brach durch die schwache Kaufkraft der Partnerländer und die fehlenden Mittel in konvertierbarer Währung fast vollständig weg. Der Produktionsschwerpunkt der ehemaligen DDR-Industrie lag nunmehr plötzlich bei einem Sortiment, bei dem die Betriebe unter Konkurrenzdruck aus den sogenannten Billiglohnländern gerieten, dem sie, das läßt sich schon jetzt prognostizieren, nicht lange standhalten können: Der "Lohnvorteil" des Oststandorts gegenüber dem Westen wird - dafür werden hoffentlich die Gewerkschaften sorgen - in wenigen Jahren dahin sein. Dies ist im übrigen auch schon deshalb unabweisbar, weil sonst die Ost-West-Wanderungsbewegung qualifizierter Arbeitskräfte erneut sprunghaft ansteigen würde.

Die gegenwärtige Unternehmensstrategie im Osten zielt - auf Grund der fehlenden wirtschaftspolitischen Eingriffe und Hilfsmaßnahmen - zur Zeit darauf, die ehemals wertvollen Zulieferer abzustößen oder zu schließen und Abteilungen, insbesondere des Rationalisierungsmittelbaus, durch Ausgliederung zu verselbständigen. Die kombinateigenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten werden entweder radikal verkleinert oder ebenfalls verselbständigt, ohne daß es für diesen Bereich bisher neue Aufträge gibt. Damit geraten aber gerade jene Potentiale ins Abseits, die zuletzt die Hauptlast des Modernisierungsprozesses der DDR-Industrie zu tragen hatten - eine Entwicklung, die durch die Abwanderung von Fachkräften noch verstärkt wird.

Ich will ein erstes Fazit ziehen: Wird dieser Trend nicht gestoppt, drohen die neuen Bundesländer zu einer Region zu werden, die der Rolle Süditaliens oder Portugals in der EG entspricht, die Rolle einer bestenfalls verlängerten Werkbank der westdeutschen Industrie, allerdings ohne eigenes Innovations- und Modernisierungspotential. Die Durchsetzung der bloß formalen Rahmenbedingungen der beiden Staatsverträge hat also nicht nur nicht ausgereicht, und der Markt hat nicht nur den Rest nicht von alleine geregelt, sondern stattdessen ist eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt worden, der durch politisches Handeln dringend entgegengesteuert werden muß.

(-/30. April 1991/rs/fr)

Die Schulzeit nicht verkürzen!

Zur Notwendigkeit, die Bildungspolitik gegenüber Wirtschaftsinteressen zu verteidigen

Von Karin Radermacher MdL

Bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und

Dr. Manfred Schumann MdL

Schulexperte der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Seit der Wiedervereinigung ist auch die Bildungspolitik in die Schlagzeilen geraten. In den neuen Bundesländern erlangen die Schüler die allgemeine Hochschulreife nach 12 Jahren, in den alten Bundesländern nach 13 Jahren. Die Kultusminister stehen derzeit vor der Entscheidung, ob in den alten Bundesländern eine Schulzeitverkürzung von 13 auf 12 Jahre durchgeführt werden soll. Die bayerische SPD-Landtagsfraktion lehnt eine Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten mit großer Mehrheit ab.

Vor allem sprechen pädagogische Gründe gegen eine Schulzeitverkürzung. Ein Schuljahr so einfach wegzukappen würde vor allem den Leistungsdruck für die Schülerinnen und Schüler unangemessen erhöhen. Dadurch verringert sich gleichzeitig die Chancengleichheit. Schulbildung heißt nicht nur Wissensvermittlung, sondern auch Charakterbildung, soziale Erziehung, Förderung der Kreativität. Hierzu ist Zeit erforderlich. Bei einer Schulzeitverkürzung würden gerade in diesem Bereich Abstriche erfolgen.

Der Vergleich mit den Ausbildungszeiten anderer Länder ist zu oberflächlich, da er nur formale Zeiträume, nicht aber die tatsächlichen Bildungsergebnisse in Betracht zieht. Die Wünsche von Industrie und Wirtschaft und vor allem der Finanzminister stehen im Vordergrund. Wegen der neuen Bundesländer ist eine Verkürzung auch nicht notwendig. Unser Bildungsföderalismus wird, um bestehen zu können, dies aushalten müssen. Einer Verkürzung der Schulzeit erteilt die SPD eine klare Absage. Im übrigen ist die Gymnasialschulzeit der geringste Faktor bei den langen Ausbildungszeiten für Hochschulabsolventen.

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion unterstützt keinerlei "Reformvorschläge", die zum Ziel hatten, den Übergang zur Realschule bereits nach der vierten Grundschulklasse vorzunehmen und an der Realschule eine zweijährige Oberstufe mit dem Abschluß der Fachhochschulreife einzurichten. Der Übertritt mit etwa zehn Jahren erfolgt pädagogisch zu früh. Die SPD wird ihre Hand für eine noch frühere Selektion der Kinder nicht heben. Dies wäre ein Schritt in die pädagogische Steinzeit. Wenn Kultusminister Zehetmair immer der bayerischen SPD entgegenhält, daß dies in vielen anderen Bundesländern so ist, dann verschweigt er aber bewußt, daß dort überall Gesamtschulen und Orientierungsstufen existieren. Auch haben dadurch in diesen Ländern die Eltern andere Wahlmöglichkeiten.

Die SPD-Fraktion im bayerischen Landtag fordert daher eine sechsjährige gemeinsame Schulzeit für alle Schülerinnen und Schüler, die in der Grundschule abgeleistet werden soll. Danach ist eine sichere Entscheidung über die weitere Schullaufbahn möglich, wie dies auch die überwiegende Zahl der Bildungsexperten feststellt. Die Hauptschule würde außerdem entscheidend geschwächt, wenn der Übertrittszeitpunkt nach der vierten Grundschulklasse auch auf die Realschule ausgedehnt würde.

In dem Vorschlag, eine Realschuloberstufe einzuführen, sieht die SPD-Landtagsfraktion eine Gefährdung des weiterführenden beruflichen Bildungsweges, insbesondere der Fachoberschule. Der Anteil der Fachhochschüler ohne eine Berufsausbildung würde weiter ansteigen. Die Fachoberschule würde ausbluten, eine wesentliche Möglichkeit des zweiten Bildungsweges ginge verloren.

(-/30. April 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

Renate Schmidt: Mehrheit in Bayern muß erschuffet werden

Die Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Schmidt, Vizepräsidentin des Bundestages, hielt nach ihrer Wahl zur Vorsitzenden der Bayerischen Sozialdemokraten am Sonntag in Rosenheim eine programmatische Rede. Wir dokumentieren deren Resümee.

1. Veränderungen müssen unter der Überschrift stehen: Auch hier mehr Demokratie wegen innerhalb und außerhalb der Partei.

Das heißt konkret, wie ich es vorhin bei unserem Programm Fortschritt 90 zu schildern versucht habe:

Die Bayern-SPD wird Initiatorin größerer und kleinerer Bürgerdialoge. Gesellschaftsverändernde Politik ist nur möglich als Resultat eines solchen im Ergebnis zwar offenen, aber nicht standpunktlosen Dialogs, der die Kräfte der Gesellschaft fordert, Informationen vermittelt und Problembewußtsein schafft, sich darin aber nicht erschöpft. Besonders nicht in der Beschreibung tatsächlicher oder ertdachter ökologischer oder friedenspolitischer Katastrophen, sondern Lösungsmöglichkeiten anbietet, Urteilsfähigkeit fördert und am Ende zu klaren Mehrheiten führt.

Diese Art Bürgerdialog bedeutet mehr Demokratie, er bedeutet nicht nur Meinungsfreiheit, sondern Meinungs- und Erarbeitungsfreiheit.

2. Um das leisten zu können, brauchen wir auf Landesebene für unsere haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre ein Bildungsangebot, das sie befähigt, den veränderten Bedürfnissen der Menschheit Rechnung zu tragen.
3. Und all das muß organisatorisch unterstützt werden. Das heißt, wir brauchen mindestens auf Unterbezirksebene Multiplikationsteams, Unterstützung für neue Veranstaltungsformen. Dies bedeutet konkret der Oberanger 38 in München, die Karl-Bröger-Straße 9 in Nürnberg, die Richard-Wagner-Straße 4 in Regensburg, wo überall zentral für Bayern in sich geschlossene Einheiten der Parteiorganisation angesiedelt werden müssen, all diese Adressen müssen wie die UB-Büros Adressen für Dienstleistungszentren, für die Parteibasis werden.
4. Die zweite Überschrift ist: Die Art der Kommunikation ist Politik: Menschen wollen nicht über sich entscheiden lassen, sie wollen Aufgaben übernehmen, die sie selbst definiert haben und nicht Arbeitgeber, Parteifunktionäre, anonyme Bürokratien.
5. Die bayerische SPD muß zum Zentrum einer politischen Alternative zur CSU werden. Dazu muß sie gesprächsoffen und bündnisfähig sein. Sie versucht, Menschen, die noch nicht auf unserer Seite stehen, zu überzeugen, statt sie auszugrenzen. Die bayerische SPD darf sich nicht nur auf die parlamentarische Arbeit fixieren, sondern muß auch und gerade in gesellschaftlichen Bereichen ein möglichst komplexes Netzwerk punktueller inhaltlicher Bündnisse aufbauen.

Die alte Vorstellung: Die besten Köpfe der Partei ziehen sich in ein stilles Kämmerlein zurück, diskutieren ein brauchbares Programm und steigen ähnlich wie Moses mit seinen Gesetzestafeln vom Berg herunter und die Partei setzt es nach Beratung dann anschließend um. Diese Vorgehensweise war und ist illusionär. Und daran sind viele inhaltlich gute Konzepte und Kampagnen der Vergangenheit gescheitert.

Was die Stärke der Bayern-SPD ausmachen muß, ist der offene, politische Streit als unverklemmte Selbstdarstellung von Toleranz und Pluralität in Bayern. Was schadet, ist verbissener Traditionalismus, die verdeckte Schienbeintreterei und ständige Postenrangelei.

Die Partei vermeidet nicht nur, nein, sie lebt von öffentlichen Debatten und Kontroversen. Eine Debatte selbst ist schon "Umsetzung". Erhard Eppler sagte zur Programmdiskussion: "Das neue Programm wird nur so gut sein, wie die Diskussion, die dahin geführt hat".

Hieraus bildet sich eine neue Parteidentität, die sich nicht aus Abgrenzung zum Gegner ergibt, sondern aus inneren Bezugspunkten. So könnte "Politikmachen" wieder Spaß machen. Es gilt, die Lust an Politik wieder zu wecken und sie nicht länger lästige Pflicht sein zu lassen.

6. Wir müssen Berührungssängste gegenüber Menschen und Gruppen abbauen, die wir nicht als von vorneherein uns zugehörig empfinden. - (diese Gruppen gibt es übrigens so nicht). Das heißt, wir müssen hin zu den Selbständigen und den Unternehmern, den Kirchen und den Verbänden und dürfen bei all dem die Gewerkschaften nicht vergessen.
7. Bei den nächsten Wahlen ist unser oberstes Ziel, die absolute Mehrheit der CSU zu brechen. Die Arbeit unserer Mitglieder, Funktionäre und Mandatsträgerinnen und -träger muß von den Bürgern und Bürgerinnen so wahrgenommen werden, daß es ihnen nicht egal ist, auch wenn wir nicht regieren, mit wieviel Abgeordneten wir in den Parlamenten sitzen.

Deshalb müssen wir die Anwälte der Bürgerinnen und Bürger, der Verbände, der Bürgerinitiativen, ihre natürlichen Verbündeten werden.

Das bedeutet, Zuhören können, sachkundig sein, einen eigenen Standpunkt haben, Anliegen aufnehmen und erledigen.

8. Wir brauchen eine bessere Verknüpfung aller parlamentarischer Ebenen, besonders müssen Kommunalpolitik, Bezirkspolitik, Landespolitik, Bundespolitik und Europapolitik mit einer Zunge sprechen. Nur so wird Glaubwürdigkeit erreicht.

Dies sollte vor dem Hintergrund von 74 Bürger- und Oberbürgermeistern in Gemeinden über 10.000 Einwohnern - allein 38 sind seit 1985 hinzugekommen -, vor dem Hintergrund aktiver Bezirksräte und -rätinnen und einer künftigen Organisationsebene auf Regierungsbezirksebene, die mit Kompetenzen ausgestattet ist, einer schlagkräftigen Landtagsfraktion und dem erklärten Willen aller Beteiligten, mehr miteinander zu reden, die Koordination und die verbindlichen Termine zu intensivieren, einer Landesgruppe im Bundestag, die sich die Zusammenarbeit zum Ziel gesetzt hat und Europaabgeordneten, die nicht im luftleeren Raum schweben, sondern im Landesvorstand verankert sind, nicht schwer sein. Voraussetzung ist, daß ehrenamtliche und hauptamtliche Mandatsträger aller Ebenen, die Euer Vertrauen haben, in ausreichender Zahl in den Landesvorstand gewählt werden.

9. Wir werden mit der CSU in keinen Wettlauf um fremdenverkehrstypische Bayernümelei und Krachledermheit eintreten, aber wir werden, unter-, mittel- oder oberfränkischer, schwäbischer, niederbayerischer oder oberpfälzischer sein als die CSU.

Dies muß sich in Personen und in Wahlkampfmaterialien ausdrücken. Es muß zwar bayernweit einheitliche SPD-Themen geben, wir werden aber versuchen, mit diesen Themen regionalisierte Wahlkämpfe zu führen.

10. Die Umsetzung der Organisationsreform wird uns in den nächsten Monaten Zeit und Kraft kosten. Dabei dürfen wir jedoch zwei Dinge nicht vergessen, es geht um eine Reform am Haupt, aber auch an den Gliedern. Und zum zweiten Organisation lebt, muß veränderbar sein und verändert werden, muß sich regionalen Erfordernissen anpassen und die Mentalität der Menschen berücksichtigen.

Unsere neue Organisation als eine lebendige vorzustellen, haben wir im Juni 92 Gelegenheit, wenn wir 100 Jahre Bayern-SPD feiern. Dazu sollten wir uns etwas einfallen lassen und zwar alle und den besten Einfall prämiieren und durchführen.

Liebe Genossen, liebe Genossinnen,

Ich bin bereit, mit Euch meilenweit zu gehen, wenn Ihr mich wollt und mitmarschiert.

Ich liebe diese Partei, auch wenn sie mich manchmal rasend macht. Sie ist für mich, wie für die meisten von uns, nicht nur ein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele, sie ist ein Stück Heimat. Die bayerische SPD wird dies auch für diejenigen werden oder bleiben, die jetzt noch befürchten durch die Auflösung der Bezirke heimatlos geworden zu sein. Dazu fühle ich mich verpflichtet.

Für mich bleibt die Utopie eines gesicherten Friedens nicht nur in Europa, die Utopie von mehr Gerechtigkeit von Menschenrechten, die weltweit gelten und eingehalten werden, von mehr Freiheit, von mehr Demokratie, von einer Gesellschaft, in der das Teilen zwischen den Stärkeren und Schwächeren von beiden als normal empfunden wird, also die Utopie der sozialen Demokratie, bestehen.

Dafür habe ich, seit ich denken kann und wo ich gerade gearbeitet habe, gekämpft, meist mit ziemlich viel Arbeit. Deshalb weiß ich, Mehrheiten können erarbeitet werden, in unserem Fall müssen sie sogar erschuftet werden. Aber, wenn das gemeinsam geschieht, wenn wir bei uns eine neue Qualität des Miteinander entwickeln, kann und wird das auch Freude machen.

Ich verspreche Euch kein Wunder, aber die Menschen in Bayern werden sich noch wundern, was wir miteinander erreichen können.

Unsere Freunde werden sich über mehr Rot für unsere Heimat, den weiß-blauen Freistaat, freuen, unsere Gegner werden sich, vielleicht früher als erwartet, schwarz ärgern, wenn wir in Bayern eine soziale Demokratie verwirklichen werden.

(-/30. April 1991/rs/lr)
